

Rollen kommt. Dieses sind gute Vorzeichen, dass der wirtschaftliche Aufschwung auch in 2018 weitergeht.



Trotz dieser guten Voraussetzungen nimmt die Anzahl der Aktionäre weiter ab, während das Interesse für Gold mittlerweile abflaut, für Immobilien und gar Bitcoins zunimmt. Hinter diesen von Vorsicht geprägten Trends liegen offensichtlich tief verwurzelte Ängste, die mangelndes Vertrauen in Wirtschaft und Politik vermuten lassen. Die Immobilienmärkte boomen weiter in Großraumregionen. Aus Sicht der Bundesbank gelten die Preise im Durchschnitt um bis zu 30% überteuert. Damit steigen auch die Risiken für Immobilienkäufer. Immobilien werden heute im Schnitt mit 80% fremdfinanziert. Die zehnjährigen Darlehenszinsen für Hypotheken sind von 2009 von 5,50 auf 1,30% gesunken. Die deutschen Versicherungen leiden sehr unter dem Zinsverfall, der es fast unmöglich macht, die versprochenen Garantieverzinsungen zu erwirtschaften. Es gibt einige namhafte Lebensversicherer, die wie die ARAG versuchen, ihr Lebensversicherungsgeschäft zu verkaufen. Auf Druck der Öffentlichkeit und der Versicherungsnehmer nahm man davon Abstand. Beim Thema Anlage von Geld stecken die Deutschen in der Sackgasse. Über 2/3 des inzwischen auf 6,1 Bio. Euro angewachsenen Geldvermögens liegt auf Konten und bei Versicherungen. Die Lebensversicherungen verwalten davon 1,3 Bio Euro. Bei einer Aktienquote von gut 5% sind 70 Mrd. der Lebensversicherungsguthaben der Bundesbürger am Aktienmarkt angelegt. Sieht man sich beispielsweise das Jahresergebnis von Apple an, das bei 50 Mrd. USD pro Jahr liegt, erkennt man die Unwucht der deutschen Vermögensanlage. Ob das Thema „Bitcoin“ nur von den Medien gepusht wird, oder ob tatsächlich sicherheitsorientierte deutsche Anleger dort mitspielen, bleibt offen. Das Informationsbedürfnis ist in jeden Fall enorm. Wegen der bei Bitcoins verwendeten Blockchain-Technologie, werde ich mich ausführlicher unter der Rubrik „Innovation und „Technik“ mit dem Thema beschäftigen. Dank des anhalten Wirtschaftsbooms und der niedrigen Zinsen ist die Schuldenuhr unseres Landes, die seit 1995 tickt, erstmals seit der Einführung, um 2,9% auf 1,954 Bio. Euro gesunken. Mit den Einnahmeüberschüssen im Rücken könnte eine neue Bundesregierung langfristige Investitionen in Infrastruktur (Straße, Schiene, Luft, Datenautobahn), Bildung (Schule, Universitäten),

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2016 11.481,06 Punkte
31.12.2017 12.917,64 Punkte (+12,51%)

Trotz bester Konjunkturlage konnte der Deutsche Aktienindex DAX im letzten Quartal nur leicht zulegen. Wie in Europa, so wird das politische Umfeld eher als belastend wahrgenommen. Es ist auch für die Mehrheit der Bürger unverständlich, dass gewählte Parteien, in schwierigen globalen Zeiten, ihrer politischen Verantwortung offensichtlich nicht gerecht werden können. So gelingt noch nicht einmal ein Schulterschluss gegen die AfD, die man offensichtlich gern verbal bekämpft, statt gemeinsame Stärke für gemeinsame Ziele zu demonstrieren. Stehen doch unisono die Weiterentwicklung von Europa und die Stärkung der gemeinsamen Währung auf der Agenda der nicht AfD-Fraktionen. Dies ist Wasser auf die Mühlen der Bürger, deren politische Verdrossenheit zunimmt. Die Frage nach den Alternativen bleibt damit auf der Agenda.

Im Gegensatz zur politischen Landschaft ist die Entwicklung der Wirtschaft sehr zufriedenstellend und viel besser als erwartet. Die Bundesbank hat im Laufe des Jahres die Prognose auf 2,6% fast verdoppelt. Die Top 100 der börsennotierten Unternehmen in Deutschland verzeichneten nach einer Studie von Ernest & Young einen Umsatzanstieg von 7%. Die Gewinne stiegen dabei überproportional um 21%. Im Schnitt sind deutsche Aktien in 2017 weniger gestiegen als die Gewinne. Die Bewertungen von Aktien sind damit preiswerter geworden. Eine gefährliche Blasenbildung wie im Jahr 2000 findet damit bisher nicht statt. Der Anteil von Frauen in den Vorständen der DAX-Unternehmen ist in den letzten zehn Jahren von 1% auf 13% gestiegen, der von Juristen von 13% auf 1% gesunken. Das größte Wachstumshemmnis scheint der Fachkräftemangel zu sein. Selbst während der Finanz- und der Eurokrise ist die Beschäftigung in Deutschland stetig weiter gewachsen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich zurzeit im längsten Aufschwung ihrer Geschichte. Bestehen in einem solchen Umfeld Überhitzungsgefahren? Der Deutsche Industrie- und Handeltag (DIHK), in dem die deutschen Unternehmen organisiert sind, verweist darauf, dass der Zuwachs der Investitionen in den letzten zehn Jahren deutlich unterhalb des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum lag. Dies wird mit dem Terminus „Investitionslücke“ beschrieben. In der Volkswirtschaftslehre sind gerade Investitionen ein wichtiger Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Die Unternehmen haben also in der Vergangenheit viel Geld verdient, aber wenig ausgegeben. Die Eigenkapitalquoten haben sich in dieser Zeit verdoppelt. Umfragen in Unternehmen belegen, dass die allgemeine Investitionsbereitschaft nun wieder zunimmt. Die Bundesbank verweist darauf, dass nun erstmals seit zehn Jahren die Kreditnachfrage von Unternehmen und Selbstständigen wieder ins

Sicherheit (Polizei, Grenzschutz) und Personal tätigen, die allen Bürgern zu Gute kämen. Mit dem Vorbild Deutschland sollte Europa versuchen, seinen eigenen Weg zu gehen, und sich nicht auf einen von den US entfachten Steuerwettbewerb einlassen. Dem Staat sollten die Mittel zur Verfügung stehen, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Die Amerikaner gehen einen anderen Weg, in dem sie die Einnahmen des Staates beschneiden und dafür höhere Haushaltsdefizite in Kauf nehmen. Von den Steuersenkungen in USA, die unter dem Motto „America first“ beschlossen wurden, profitieren aber auch alle jenen Länder wie Deutschland, die durch Exporte in die USA von der dort anziehenden Konjunktur profitieren. Unternehmen wie die Daimler Benz AG, die zusätzlich in den USA produzieren, gehen von zusätzlichen steuerinduzierten Ergebnisverbesserungen in Milliardenhöhe aus. Bei Daimler alleine sind es 1,7 Mrd. Euro. Der liberale Vordenker Friedrich Hayek (1899-1992), würde angesichts der ursprünglichen Absichten von „nicht beabsichtigten Ergebnissen von beabsichtigten Handlungen“ sprechen. Langfristig gesehen sind solide Staatsfinanzen der beste Wettbewerbsvorteil, den ein Land oder eine Wirtschaftsgemeinschaft wie die EU für sich in Anspruch nehmen kann.

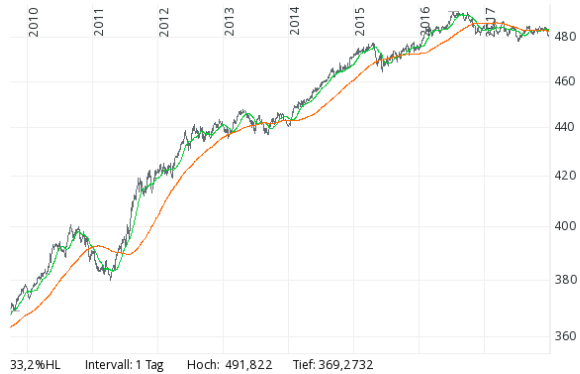
Der EU-Haushaltskommissar Günter Oettinger rechnete vor, dass in Amerika 50% der Steuereinnahmen an die Zentralregierung der Vereinigten Staaten in Washington fließen. Der Weg zu einem gemeinsamen Europa mag ein langer sein, aber finanziell ist da bei einem Europa-Anteil von 1% der Steuerereinnahmen noch viel Platz nach oben. Bei einer bestehenden Einigkeit bei den primären Zielen wie die Stärkung von Europa, sollten CDU und SPD ihrer politischen Verantwortung gerecht werden, und die Bildung einer handlungsfähigen Regierung auf den Weg bringen.

Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2016 485,31 Punkte
31.12.2017 480,68 Punkte (-0,95%)

Die Zinsen dürften global ein wichtiges Thema bleiben. Sie befinden sich auf historisch tiefen Niveaus. Das Thema „Rückkehr der Inflation“ bleibt hartnäckig auf der Agenda der Analysten für 2018, obwohl diese in den letzten Jahren mit ihren Thesen nachhaltig falsch lagen. Die US-Steuerreform mit ihrer Konjunktur stimulierenden Wirkung, wird nun als Grund für steigende Zinsen angeführt. Auf der anderen Seite führen die massiven Einkommensteuersenkungen in USA zu Einnahmeausfällen, die voraussichtlich zu markant höheren US-Staatsdefiziten führen. Wegen der damit verbundenen verschlechterten Bonitätsaussichten, sollten die Zinsen, die Risikoprämien darstellen, für US-Anleihen steigen. Da der USD die globale Leitwährung ist, könnte das Zinsniveau weltweit ansteigen. Niedrige Zinsen bedeuten niedrige Erträge bei höheren Risiken. Damit scheiden vielfach Anleihen als seriöse Anlagealternativen

aus. Davon könnten die Aktienmärkte weiter profitieren. In Deutschland beträgt die aktuelle Dividendenrendite 3%. Anleihen mit einem gerade noch befriedigenden BBB Rating verzinsen sich mit bescheidenen 1%. Der Abstand von 2% zugunsten von Aktien ist historisch gesehen sehr hoch und spricht für Investments in Aktien.



Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2016 3.290,52 Punkte
31.12.2017 3.503,96 Punkte (+6,48%)

Trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen lief es für die europäischen Aktienmärkte im vergangenen Quartal nicht gut. Stolpern wir wieder über die selbst gestellten Beine? Katalonien und die Regierungsbildung in Deutschland stellen Belastungen dar. Frankreich unter Führung von Macron ist nun nach der Schwächung von Kanzlerin Merkel der Taktgeber für neue Initiativen. Die Zustimmung der europäischen Bürger zum Euro als Folge von Wachstum, Defizit- und Arbeitslosenabbau hat deutlich zugenommen. Diesen Rückenwind gilt es nutzen. Die „paradise papers“ decken die Schwächen des europäischen Steuerregimes auf. Die Lücken müssen schnell geschlossen werden. Niemand zahlt gerne Steuern. Aber es muss sichergestellt werden, das gleiches Recht für alle gilt. Die Süddeutsche Zeitung schätzt die europäischen Steuerausfälle auf 60. Mrd. im Jahr. Hier sind einheitliche globale Steuerregeln dringend geboten. Da London eine beliebte Drehscheibe für internationales Kapital ist, hängt vieles davon ab, ob Europäer und Briten hier an einem Strang ziehen können. In England schwindet die Zustimmung für den Brexit. Die Opposition fordert ein neues Referendum. Umfragen gehen davon aus, dass nur noch 41% der Briten einen Brexit befürworten. Die EU schafft mittlerweile Fakten. Die EU-Finanzaufsicht wechselt von London nach Paris und die EU-Arzneimittelbehörde geht nach Amsterdam. Allein die Verhandlungen mit dem EU-Mitglied Irland zeigen, wie schwierig es ist, die Uhren wieder zurückzudrehen und eine vernünftige Lösung zu finden. Stattdessen flackern mühsam eingedämmte Religionskonflikte in Nordirland wieder auf. In Spanien geschieht

Ähnliches im Konflikt um das Unabhängigkeitsstreben der Katalanen. Die Appelle an ein vernünftiges Verhalten an beiden Seiten sind unerhört geblieben. Stattdessen eskaliert ein Konflikt, der von einer Lösung mit zunehmender Konfrontation sich weit entfernt, je unvernünftiger die Kontrahenten agieren. Wirtschaftlich ist die Situation dramatisch. Im Herbst verzeichnete Katalonien Umsatzrückgänge von 20% im Tourismus. Hunderte von Betrieben haben aus Angst vor einer Abspaltung ihren Sitz nach Spanien verlegt. In Italien finden im März vorgezogene Neuwahlen statt, bei denen auch mit einer Patt-Situation zu rechnen ist, mit Wachstumspotential für die national europaskeptische Fünf-Sterne-Partei des Populisten Beppe Grillo. Aufgrund der angesprochenen politischen Risiken, ist das Abwarten der Anleger gegenüber europäischen Aktien nachvollziehbar. Europa erkennt die Chance, wirtschaftlich und sozialpolitisch neue Standards zu setzen, die vor allen Dingen junge und innovative Unternehmen anziehen könnte, die ihre Zukunft nicht in Großbritannien, den USA und schon gar nicht in der Türkei, Israel, Russland oder China sehen.



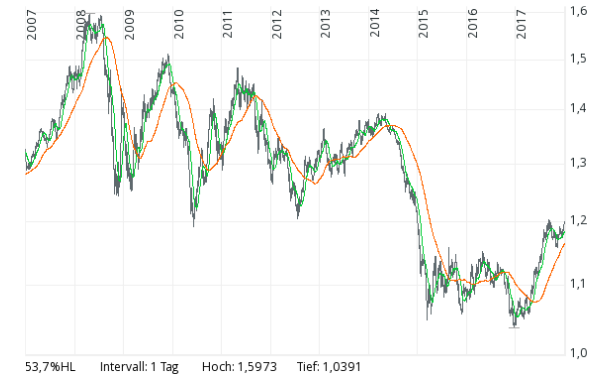
Von den 100 größten börsennotierten Unternehmen der Welt kommen 52 aus Amerika. Nun sind erstmals mit Tenscent und Alibaba zwei chinesische Technologie Unternehmen unter die Top Ten platziert. Das wertvollste Unternehmen aus Deutschland - es ist die SAP - rangiert auf Platz 62. Unter den Top 100 Unternehmen befinden sich lediglich sechs Deutsche Unternehmen, die zusammen weniger Börsenwert als die Nr. 1 Apple auf die Waage bringen. Das wertvollste europäische Unternehmen, Royal Dutch Shell, gehört der „Old Economie“ an und rangiert auf Platz 17, mit absteigender Tendenz. Europa muss attraktiver und europäischer werden. Das ist die Zukunft.

Euro versus USD

31.12.2016 1,0516 USD
31.12.2017 1,1994 USD (+14,05%)

Und der Gewinner des Jahres ist der Euro! Wäre hätte dies gedacht? Eine leichte Aufwertung wurde dem Euro in 2017

zugetraut, aber nicht eine von 14%. Dies schmälerte die Rendite für europäische Anleger, die ein breit gestreutes globales Portfolio halten. Der Euro folgt damit der wirtschaftlichen Stärke, zu der Europa im vergangenen Jahr zurückgefunden hat. Der wirtschaftliche Gesundheitsprozess von Europa wird eindrucksvoll durch die Entwicklung der Exporte und Importe (Leistungsbilanz) unterstrichen. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise war Europas Leistungsbilanz chronisch defizitär – im Schnitt mit 20 Mrd. Euro pro Monat. Heute erwirtschaftet Europa unter der Führung von Deutschland Exportüberschüsse von 30 Mrd. Euro pro Monat. Im Saldo hat sich die Leistungsbilanz um monatlich 50 Mrd. Euro verbessert, dies ergibt eine Verbesserung von 600 Mrd. Euro im Jahr. Geld, das wir uns nicht mehr in Ausland leihen müssen und uns für Investitionen zur Verfügung steht, ohne Abhängigkeiten einzugehen. Dies ist eine solide finanzielle Basis.

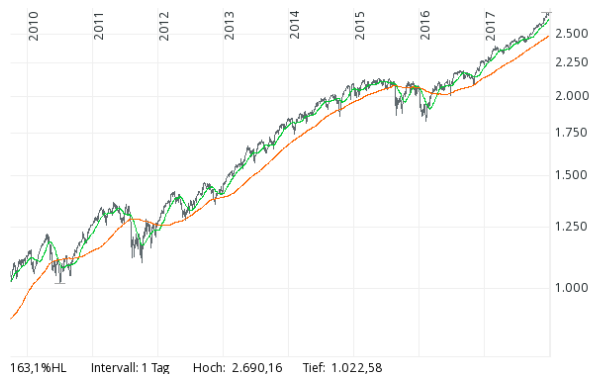


Nun fehlt offensichtlich der politische Wille, sich zu einer Einheit zusammenzufinden, die einem geschwächten Amerika unter der Führung von Donald Trump, die Stirn bietet. Trotz der wirtschaftlichen Erfolge werden nur noch knapp 20% der Weltdevisenreserven in Euro gehalten. Bis zur Finanzkrise und der darauf folgenden Europakrise, hatte der Euro schon mal knapp 1/3 der Weltdevisenreserven erreicht. Mangels Alternativen (das britische Pfund, der japanische Yen oder der chinesische Yuan bieten sich für strategische Währungsanlagen nicht an) konnten die Amerikaner in den letzten Jahren ihre Macht mit dem USD als Weltreservewährung weiter ausbauen. Fast 2/3 der weltweiten Geldvermögen wird in USD gehalten. Ob es im Jahr 2017 zu einer Trendwende gekommen ist, hängt davon ab, was die Europäer aus ihren Möglichkeiten machen. Wie schon in der Finanzkrise, die eigentlich eine Krise des Hypothekenmarktes in Amerika war, läuft Europa mangels Selbstvertrauen Gefahr, die sich aus der Schwäche der Wettbewerber ergebenden Chancen nicht nur nicht zu nutzen, sondern sich durch die Schwächen der anderen anstecken zu lassen.

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2016 2.238,83 Punkte
31.12.2017 2.673,61 Punkte (+19,41% // +5,36% in Euro)

Über das Amerika dieser Tage ließen sich ganze Bücher schreiben. Seitdem Donald Trump vor einem Jahr Präsident wurde, hat Amerika mit der Anzahl der Einträge in meinem Logbuch Europa bei weitem den Rang abgelaufen. Donald Trump ist wahnsinnig produktiv, was die Anzahl der durch ihn zugeschriebenen Schlagzeilen betrifft. Dabei schafft er es, von wichtigen Punkten abzulenken, die Amerika und seine Bürger unmittelbar betreffen. Erinnern Sie sich noch an das Massaker in Las Vegas mit 50 Toten oder den Amoklauf in einer Kirche in Texas mit 28 Toten? Dies alles geschah innerhalb der letzten drei Monate. Warum erwähne ich das? In Amerika ereigneten sich in diesem Jahr 273 Massenschießereien mit mehr als 4 Toten. Es gab 46.695 registrierte Schusswechsel, bei denen es 11.686 Tote zu beklagen gab – alle ohne terroristischen Hintergrund. Was tut die Regierung dagegen? Nichts, obwohl mittlerweile über 70% der Bevölkerung für eine Änderung der Waffengesetze ist. In Amerika kann man bereits kugelsichere Schulranzen für Kinder kaufen. Im Kampf gegen den Terror geben die Amerikaner Billionen von USD aus. Bei Kürzungen des Sozialhaushalts steigen die Ausgaben für Rüstung um 15% auf 700 Mrd. USD. 3% der Amerikaner besitzen über 50% der Waffen. Diese als „Supersammler“ bezeichneten Waffenbesitzer sind männlich und weiß. Ein großes Problem stellen ehemalige Soldaten dar, die teilweise traumatisiert, leicht in den Besitz von Waffen kommen können. Ein weiteres Problem sind die vielen Drogentote, um die man sich von offizieller Seite kaum kümmert. Durch lasche Medikamentenstandards bei Schmerzmitteln sind viele Amerikaner Opiate abhängig geworden. In USA sterben täglich 175 Menschen an Drogen. Dies sind 60.000 im Jahr. Das alles kommt auch in den Nachrichten der Amerikaner vor, wo jedoch, die von Trump gezeichneten Feindbilder, seine diplomatischen Alleingänge, Sonderermittlungsergebnisse oder die Pläne für eine Mondmission dominieren.



Egal wie, Donald Trump schafft es mit seinem Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom immer die Nachrichten zu dominieren. Als Leugner der Erderwärmung sieht er über

verheerende Hurrikane, Waldbrände und Eiseskälte in Nordamerika einfach hinweg. Als Brandstifter versteht er sich auf der außenpolitischen Bühne. Diplomatische Bemühungen um Nordkorea sind „Zeitverschwendung“, und fällt damit seinem Außenminister Tillerson in den Rücken, der nach Pressemeldungen schon als abgesetzt galt. Anders als sein Verteidigungsminister Mattis pfeift er auf das Atomabkommen mit dem Iran. Auf Drängen seiner Wahlsponder, einer christlich-evangelikalen und jüdischen Lobby, erkennt er Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Die Welt ist entsetzt. „Donald allein zu Haus“, heißt die Tragikomödie, die auch den Titel „Und täglich grüßt das Murmeltier“ tragen könnte. Die Folgen sind noch unklar. Die Welt sollte nicht den Fehler machen, Trump zu unterschätzen. China und Russland wittern offensichtlich ihre Chancen, den Amerikanern Macht streitig zu machen. Xi und Putin sind sicherlich intellektuell Trump weit überlegen. Aber Trump ist unberechenbar und damit gefährlich. Er ist Oberbefehlshaber einer hochgerüsteten Armee und hat Zugang zum roten Knopf.

Das Thema „Steuerreform“ stand auch im Mittelpunkt der aktuellen Berichterstattung. 52% der Amerikaner und 2/3 der jüngeren lehnen diese ab, da sie offensichtlich Unternehmen und Besserverdienende bevorzugt. Dabei hat Trump das Kunststück fertiggebracht, noch den Betreibern von Immobilienprojekten besondere Vergünstigungen einzuräumen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Bis heute ist Donald Trump der erste Präsident, der es geschafft hat, seine Steuererklärungen nicht zu veröffentlichen. Aus Angst vor dem Verlust von Macht, sind die Republikaner eingeknickt und haben gegen eigene massive Bedenken, einer Defizit Ausweitung historischen Ausmaßes zugestimmt. Durch Steuerausfälle wird das US-Haushaltsdefizit in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich um weitere 1.000 Milliarden USD anwachsen. Trump und seine wenigen Mitstreiter hoffen auf eine stark anziehende Wirtschaft und höhere Steuereinnahmen. Zusätzlich befreit er die Wirtschaft von bürokratischen Fesseln und Umweltschutzaufgaben. In Utah wird ein Naturreservat seinen „Einwohnern“ zurückgegeben, damit Explorationsunternehmen dort tätig werden können. Im Golf von Mexiko, wo in 2010 die havarierte Bohrplattform „Deepwater Horizon“ die Welt in Atem gehalten hat, sind die wegen der Katastrophe eingeführten Sicherheitsvorkehrungen wieder abgeschafft worden. Im World Wide Web hat Trump die „Netzwerkneutralität“ einkassiert. 72% der Amerikaner sind gegen diesen Schritt, der die großen Internetunternehmen gegen die Kleinen nun bevorzugt. Auch scheint es die US-Bankenaufsicht nicht zu stören, dass US-Banken in den Terminhandel mit Bitcoin einsteigen konnten. Fazit zum Thema Trump nach einem Jahr Amtszeit: Der Mann ist ein Phänomen. In Amerika regiert in allen Bereichen das Recht des Stärkeren. Deals und Profit sollen das Land auf Vordermann bringen, wofür eine höhere Verschuldung billigend in Kauf genommen wird, obwohl die Zahlungsfähigkeit der Regierung schon heute permanent gefährdet ist. Mangels Alternativen und einer zunehmender Spaltung des Landes, die Trump täglich befeuert, erscheint sogar eine Wiederwahl nicht ausgeschlossen. Wirtschaftlich läuft es bei den Amerikanern zuletzt besser als erwartet. Bei den Verschuldungsproblemen ist es offensichtlich, dass Trump auf die Unterstützung der Notenbank setzt. Der neue

Fed-Chef, Jerome Powell, der im Januar wie vermutet die bisweilen kritische Janet Yellen beerbt, ließ dann gleich verlauten, dass die Notenbank „auf jede Krise angemessen reagieren wird.“ Das wird Donald Trump gern gehört haben. Die Börsen sind zufrieden.

Was wäre die US-Wirtschaft ohne die boomenden US-Technologiekonzerne, die Gewinnmaximierungsmaschinen sind. Mit Jeff Bezos, dem Hauptaktionär und Gründer von Amazon, gelang es erstmals einem Menschen auf dieser Erde, ein Vermögen von 100.000 Millionen (100 Mrd.) USD aufzubauen. Der Übernahmemarkt in USA läuft auf heißen Touren und erinnert an die Übertreibungen aus dem Jahr 2000. So möchte beispielsweise der US-Chiphersteller Broadcom seinen Konkurrenten Qualcomm für eine Rekordsumme von 200 Mrd. USD übernehmen. Seriöse Analysten bewerten solche Übernahmen als jenseits von Gut und Böse. An den US-Börsen herrscht eine trügerische Ruhe. Seit 1928 gab es erst sieben Jahre, in denen zwischenzeitliche Kursrückgänge von weniger als 5% verzeichnet wurden. 2017 ist Eines davon. Daraus lassen sich jedoch statistisch gesehen, keine größeren Risiken für 2018 daraus ableiten.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2016 19.114,37 Punkte
31.12.2017 22.847,05 Punkte (+19,52% // 9,67% in Euro)



Der Nikkei-Index machte im vergangen Quartal nochmals große Fortschritte. Das Kalkül von Ministerpräsident Abe, mit vorgezogenen Neuwahlen seine Macht zu stärken, ging auf. Für die japanische Wirtschaft sind sieben aufeinander folgende Quartale mit Wachstum nicht selbstverständlich. Die Frühindikatoren aus der Wirtschaft lassen weiter auf eine

Fortsetzung des noch jungen Trends hoffen. Dennoch bleiben die grundsätzlichen Probleme des überalternden und abgeschotteten Landes offensichtlich. Die Entwicklung der Löhne und des Konsums verlaufen weiterhin enttäuschend. Die Notenbank (BOJ) steht dem bei den eigenen Bürgern hoch verschuldeten Landes Spalier. Es erscheint ein Leichtes für BOJ, durch Eingriffe in den Markt, die Verzinsung der 10-jährigen Anleihen auf dem Mini-Niveau von 0,10% festzuhalten. Bei einer Staatsverschuldung, die in Japan bei über 200% liegt, könnte Donald Trump versucht sein, diesem Beispiel zu folgen. Die US-Schuldenquote zum BIP beträgt zurzeit gut 100%.

Aktien Schwellenländer

31.12.2016 101.606,93 Punkte
31.12.2017 133.101,89 Punkte (+30,99%/+16,94% Euro)

Die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika steht im Fokus der Europäer, die nun die Ursachen der Fluchtbewegungen bekämpfen möchten. Dabei hoffen sie auf die Unterstützung von Unternehmen, die bereit sind, in Afrika zu investieren. So fanden im letzten halben Jahr, die auch von der Bundesregierung initiierte G-20-Konferenz zur Afrika Partnerschaft in Berlin und der EU-Afrika Gipfel in Afrika statt. Es sind enorme Kraftanstrengungen erforderlich. Die afrikanischen Länder verfügen über wenig effiziente Verwaltungen und schaffen es kaum, Steuern effektiv zu erheben. Ein positives Beispiel ist Mosambique, was es geschafft hat, die Steuereinnahmen zu erhöhen und die Mittel in Bildung und Gesundheit zu investieren. Nur 1/3 der Afrikaner haben Zugang zu einem Bankkonto und zu Krediten. Es gibt keine Infrastruktur per Auto oder Bahn, mit der man durchgehend den Kontinent durchqueren könnte. Die Aufgaben sind groß und sind aus unternehmerischer Sicht durchaus reizvoll.



In China ging ein großer Parteikongress zu Ende, der nur alle fünf Jahre stattfindet. Die Macht von Ministerpräsident Xi, der die Zügel relativ stark angezogen hat, wurde bestätigt. Die Einheitspartei unter Führung von Xi kontrolliert die Wirtschaft, die Gesellschaft und auch den Staat, der hart gegen Korruption vorgeht. Wohlstandsverbesserungen für die Mittelschicht und Maßnahmen

für den Umweltschutz stehen oben auf der politischen Agenda. China ist Vorreiter bei der E-Mobilität. In den großen Städten ist es kaum noch möglich, eine Zulassung für Benzin betriebene Fahrzeuge zu erhalten. Die schnell wachsenden chinesischen Internetunternehmen Baidu, Tenscent und Alibaba sind die Pendanten zu den US-Unternehmen Google, Facebook und Amazon. Es ist nicht sicher, ob die US-Unternehmen ihre führende globale Stellung verteidigen können.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2016 1.151,43 USD
31.12.2017 1.302,54 USD (+13,12% // -0,92% in Euro)

Die globale Konjunktur läuft gut. Amerika pusht nun zusätzlich die Wirtschaft mit einer Steuerreform. Die Chinesen möchten die „alte Seidenstraße“ wieder beleben, und in den Ausbau der Handelswege nach Europa investieren. Es gilt große Projekte wie Straßen, Schienen, Brücken und Häfen zu finanzieren. Dies alles könnte in einer höheren Rohstoffnachfrage münden. Die Preise für Kupfer und Stahl sind bereits angezogen. Der Preis für Erdöl zeigt eine steigende Tendenz. Die Erdöl exportierenden Länder (Opec) halten sich offensichtlich an die reduzierten Förderquoten. In der nördlichen Hemisphäre gab es bisher einen frühen und starken Wintereinbruch, der die Nachfrage nach Energie anheizt. Saudi-Arabien plant seine Energieaktivitäten an die Börse zu bringen. Mit einer geschätzten Marktkapitalisierung von 2 Bio. USD wäre es doppelt so wertvoll wie die bisherige Nr. 1 Apple. China möchte sich an „Saudi-Aramco“ mit 5% beteiligen. Beim Gold hat sich wenig getan. Die mit steigenden Zinsen erwartete Schwäche ist bisher noch nicht eingetreten. Die Nachfrage von Anlegern schwächt sich aber erkennbar ab. Vor dem Hintergrund, dass ein Bitcoin, der nichts anderes als eine virtuelle Recheneinheit auf dem Computer ist, die in der Zwischenzeit immerhin mehr als das Zehnfache einer Feinunze Gold kostet, erscheint das gelbe Edelmetall deutlich attraktiver zu sein.



Innovation und Technik

Der französische Internet Unternehmer Xavier Niel investiert 70 Mio. in die Ecole 42, in der Studenten in Frankreich mit großem Erfolg spielend lernen können.

Albert Einsteins Gravitationswellen wurden nun bewiesen. Die Quantenphysik revolutioniert gerade die Computerwelt.

Neues von der Künstlichen Intelligenz (KI): Der Rechner Alpha 60 lernte in kurzer Zeit das japanische Brettspiel Go durch Spielen mit sich selbst und gewinnt gegen den Computer, der vor zwei Jahren erstmals gegen die besten Spieler der Welt bestehen konnte, zu 100%

Es ist noch nicht sicher, dass sich die Elektromobilität durchsetzt. Die Brennstoffzellentechnik steht nun ebenfalls vor dem Durchbruch. Das Land Niedersachsen schafft bis 2021 vierzehn neue Züge an, die mit Brennstoffzellen betrieben werden.

Mit dem E-Scooter, der mittlerweile von der Post in Eigenregie gebaut und bald auch außerhalb der Post verkauft wird, fährt die Post mit 5.000 Fahrzeugen 13.500 Mio. KM pro Jahr. Die Wartungs- und Betriebskosten liegen um 80% unter dem Niveau von konventionellen Fahrzeugen.

Airbus, Rolls Roycs und Siemens entwickeln gemeinsam ein hybrid elektrisches Triebwerk für Flugzeuge.

Indien und China bauen Solarkraftwerke, die auf Wasser betrieben werden. Sie haben durch die Kühlung eine sehr hohe Effizienz.

Der Wert eines Bitcoins stieg in 2017 von 1.000 auf bis zu 20.000 Euro je Einheit. Diese Aufsehen erregende Entwicklung hat wohl viele Menschen fasziniert, die ähnlich wie beim Goldrausch im 19. Jahrhundert in den USA oder bei der Tulpenmanie in Holland zwei Jahrhunderte zuvor, vom schnellen Reichtum träumten. Dabei ist der Wert eines Bitcoin im wahrsten Sinne des Wortes „virtuell“. Er ist eine gegen Geldzahlung zugewiesene Rechen- und Zahlungseinheit, die durch lange Datenketten („Blockchain“), über viele Computer hinweg, erzeugt wurde. Der Blockchain-Technik gehört die Zukunft. Sie wird vermutlich den Zahlungsverkehr revolutionieren, der dann ohne Banken stattfinden kann. In einem Flüchtlingscamp in Jordanien, wo 50.000 Menschen leben, konnte man die Blockchain-Technik mit Erfolg einsetzen. Die Menschen dort können ein virtuelles Bezahlsystem zum Einkauf von Lebensmitteln nutzen, dass durch Iris-Kontrolle der Augen verifiziert wird. Streng genommen sind Bitcoins, die auf einer rein privaten Initiative beruhen, kein Geld, bestenfalls privates Geld, wie beispielsweise der Chiemgauer in Bayern, mit dem eine regionale Wirtschaft gefördert werden soll. Nun sind aber Bitcoins eine

geniale Geschäftsidee, mit der die Erfinder sehr reich geworden sind. Heute kostet allein eine Transaktion in Bitcoin 20,- Euro. Es ist eine Art „Perpetum mobile“ oder eine Gelddruckmaschine, die auf einem Schneeballsystem basiert, dass nur so lange funktioniert, wie sich neue Teilnehmer finden, die in der Erwartung auf schnelle Gewinne noch Bitcoins kaufen. Dabei ist das Spiel nur etwas für echte abgebrühte Profis. Jährliche Schwankungen bis zu 80% sind dabei an der Tagesordnung. Ähnlich wie beim Chiemgauer basiert der Bitcoin auf privaten Vereinbarungen. Dagegen ist von staatlicher Seite zunächst nichts einzuwenden. In der Zwischenzeit sprießen die „Kryptowährungen“ wie Pilze aus dem Boden und Anleger haben bereits mehr als 500 Mrd. USD dort investiert. Die Höhe der US-Subprime-Kredite, die sich vor zehn Jahren in heiße Luft auflösten und damit die globale Finanzkrise verursachte, lag bei gut 1.000 Mrd. USD. Nun sind US-Banken in den Terminhandel mit Bitcoins & Co. eingestiegen. Dies macht mich ziemlich sprachlos. Wenn schon die Banken nichts aus ihren Fehlern gelernt haben, so würde ich erwarten, dass spätestens hier das „no go“ der Bankenaufsicht in USA einsetzt. Die Stimme blieb bisher stumm. Amerika unter Trump bleibt das Land der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten.

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.
Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon 02631/95390

Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur auf der Basis einer individuellen Beratung erfolgen.

Neuwied, 31.12.2017

Zitatesammlung:

„Der Zimmermann von Nazareth hätte heute keine Zeit zum Predigen gehabt.“

13.10.2017 Hans Peter Wollseifer, Präsident der Handwerkerkammer, vor Unternehmern in Münster zur Auftragslage von Handwerkern

„Wer könnte Donald Trump daran hindern, aus einer Laune heraus einen Atomkrieg zu starten?“

16.11.2017 Überschrift in der FAZ

„Eine Beleidigung, die wir nicht vergessen“

20.12.2017 Nikki Haley, US-UN Botschafterin nach einem Votum von 14:1 im UN-Sicherheitsrat gegen Donalds Trumps Entscheidung, die US Botschaft nach Jerusalem zu verlegen

„Die UN ist ein Lügenhaus.“

22.12.2017 Benjamin Nethanjahu, israelischer Ministerpräsident

„In Rom Reformen zu machen, ist, wie die ägyptische Sphinx mit einer Zahnbürste zu putzen.“

22.12.2017 Papst Franziskus vor Kurienkardinälen

„Kapitalismus für die Kleinen, Überlebenskampf mit kleinem Geldbeutel, Sozialismus für die Großen.“

23.12.2017 Rainer Voss, ehemaliger Investmentbanker, zur US-Steuerreform in der FAZ